

# Nation, Volk, Staat

## Die Wiederbelebung alter Kameraden aus dem semantischen Inventar der deutschen Rechten

Von Georg Bollenbeck

Das Krisengerede schwillt an, die Katastrophenmeldungen häufen sich: Krise der Werte, Krise der Moral, Krise der Erziehung, Krise des Standorts, Krise des Arbeitsmarkts, Krise der Vereinigung - schlechthin die Krise der Gesellschaft. Und dann erst die Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung mit den apokalyptischen Folgen für die Menschheit! Der Hinweis, für das Krisengerede und die Katastrophenmeldungen seien die Medien verantwortlich, kann nicht als Beruhigungsmittel dienen. Die Probleme sind nicht simuliert, sondern augenfällig. Sie lassen sich nur bedingt nationalstaatlich lokalisieren. Sie haben in einem sozialen und politischen, in einem ökonomischen und ökologischen Sinn längst eine universell-weltweite Dimension angenommen. Wo bleibt da die von vielen erhoffte Renaissance des Politischen? Wo sind die nötigen Analysen und Konzepte? Jüngst verlangte der Soziologe Ulrich Beck, „die Sprache für eine Reformpolitik zu öffnen“ („Freitag“, 25. März 1994). Den Zustand der gegenwärtigen politischen Sprache kann er nur als „Misere“ bezeichnen. „Überall werden die gleichen Leerformeln wiederbelebt - Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherung, technischer Fortschritt, soziale Sicherheit“. Deshalb plädiert er dafür, „die Sprache des Politischen neu zu erfinden“. Alle Reformwilligen dürften Beck die Daumen drücken, damit sein Projekt der „reflexiven Modernisierung“ auch sprachlich vorankommt. Becks gute Absichten haben allerdings schlechte Aussichten. Die „neue Sprache“ des Politischen ist noch nicht erfunden. Eher drängen sich gegenwärtig ehemals eingemottete Begriffe, alte Kameraden aus dem semantischen Inventar der deutschen Rechten, in den Vordergrund; Begriffe, die das gewachsene Bedürfnis nach politischer Weltdeutung mit Handlungsanbindung bedienen wollen.

### *Krisengerede, Erfahrungswandel und politische Weltdeutung*

Zunächst bleibt festzuhalten: Nach wie vor funktionieren die Regeln des politischen Sprachspiels. Populäre Maßnahmen werden der eigenen Partei zugerechnet, unpopuläre den Sachzwängen. Politische Begriffe werden so sehr ins Unbestimmte überdehnt, daß sie alle ansprechen sollen und keinen verärgern dürfen; Einzelinteressen erscheinen in der Regel als moralische Belange. Alle Politiker wollen selbstlos „Verantwortung übernehmen“ und das Gemeinwesen „mitgestalten“. Keiner wünscht sich öffentlich eine Pfründe, alle Parteien berufen sich auf das Allgemeinwohl. Solche Sprachspiele zählen offenbar zur Pflicht im alltäglichen Kampf um Machterhalt und Machtgewinn. Wie aber steht es mit der Kür, mit den nüchternen Analysen, langfristigen Konzepten und mobilisierenden Visionen? Hier läßt sich, zunächst ganz allgemein gesprochen, eine neuartige Diskrepanz zwischen veränderter historischer Konstellation, jeweiliger Erfahrung und sprachlicher Repräsentation ausmachen.

Die Politik lebt bekanntlich davon, einzelne Probleme aufzugreifen, sie zuzuspitzen und den Eindruck zu erwecken, diese Probleme zu lösen. Deshalb hat sie einen

hohen Bedarf an Rhetorik. Dieser Mechanismus von Problemlösungsanspruch und Problemlösungsfähigkeit funktioniert heute weniger denn je. Der häufige Appell an die „Zukunft“ lebt gerade aus der Unfähigkeit, den gegenwärtigen Erfahrungen mit langfristigen politischen Erwartungen Orientierung zu bieten. Das hat nichts mit dem „Paradise now“ von vorgestern oder der „Posthistoire“ von gestern zu tun. Solch hochgestimmte Wunschträume und geschichtsphilosophische Ernüchterungen wurden in Wohngemeinschaften und Feuilletonstuben laut. Ihre politische Reichweite war und ist beschränkt. Bedeutsamer ist insbesondere nach dem Beitritt der neuen Bundesländer, daß mit einem politischen und ökonomischen Konstellationswandel der gepflegte „westliche“ Humanismus-Kanon durch aggressivere Töne ersetzt werden soll.

Vieles hat sich geändert. Die Implosion des realexistierenden Sozialismus und die Marginalisierung der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung bezeugen den Sieg des Westens und bedeuten zugleich eine Gefährdung seines bisherigen Status. Die bequeme einheitstiftende Freund-Feind-Lage ist verschwunden; der Osten bedroht uns nicht mehr mit der „Unfreiheit“, sondern mit seinen sozialen und ökonomischen Problemen. Mit dem „Sozialismus“ verband sich aber auch der Horizont einer anderen gesellschaftlichen Option. Das war für die Bundesrepublik realpolitisch nie bedrohlich, und es bildet doch für ihre Entwicklung einen sozialpolitischen Stachel. Insofern spielten die Systemveränderer ungewollt die Rolle der Systemstabilisierer. So wurde (auch mit Blick nach Osten) die soziale Marktwirtschaft mit sozialen Sonderzulagen und Treueprämien versehen, die nun gekündigt werden. Heute erscheint die Zukunft weniger rosig als früher. Die Zeiten des „mehr Demokratie wagen“ und des „Wohlstands für alle“ sind längst vorbei. Das sozialliberale Modell des „immer mehr“ und „immer besser“ gehört ins Museum der deutschen Geschichte. Ganz zu schweigen von den hehren Zielen der Arbeiterbewegung. Auf die „Solidarität“ beruft sich inzwischen jeder Interessenverband, vom „Sozialismus“ sind alle bedient und vom Wort „Arbeiterklasse“ geht ideologischer Mundge-  
geruch aus.

Es findet ein kollektiver Erfahrungswandel statt, eine Ernüchterung über den Zustand und die Möglichkeiten der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Ohne die gewohnte wirtschaftliche Prosperität und mit der Angst um den Arbeitsplatz im Nacken könnten die Glanzbegriffe der „politischen Kultur des Westens“ (Jürgen Habermas) vollends stumpf werden. Es ist schon bezeichnend, daß selbst nach dem Beitritt die Standortdebatte dominiert, eine nötige Verfassungsdebatte nicht stattfindet, wohl aber eine Verfassungsdemontage betrieben wird. In der Standortdebatte bündeln sich die wirtschaftliche Verunsicherung der Bevölkerung und die Exportinteressen der Wirtschaft. Mit dieser „allgemeinen“ und zugleich disproportionalen Interessenlage kann sich die Standortdebatte im politischen Diskurs breit machen. Die Vorschläge sind nüchtern kapitalorientiert. Offensichtlich soll der „kollektive Freizeitpark“ auf Zack gebracht werden. Das könnte durchaus gelingen. Die Berufung auf die Sachzwänge der Marktwirtschaft dürfte die Menschen ökonomisch disziplinieren, aber nicht politisch motivieren. Die propagierte zweckrationale Nüchternheit zeugt von dem, was auch wohlmeinende Kritiker des Liberalismus und seiner „Marktwirtschaft“ als deren politisch demotivierende „Kälte“ bezeichnen. Eine beklemmende Vermutung drängt sich auf: Ist die Ökonomie am Ende doch „die letzte Instanz“?

Freilich wurden schon immer Krisen ausgemacht. Das heutige Krisengerede sollte jedoch als ein Syndrom bewertet werden, als Syndrom für die schwindende Attrakti-

vität jener für die alte Bundesrepublik charakteristischen Koalition von Wohlfahrts-erfahrungen, Systemvertrauen und Verfassungsloyalität. Der mögliche Einwand, die Verfassungsloyalität dürfe nicht überschätzt werden, ist bedenkenswert. Durch den Alltag der dauernden Konkurrenz und der ökonomischen Abrichtung gewinnt die großartige Vorstellung der demokratischen Staatsbürgergesellschaft nicht an Überzeugungskraft. Außerdem rücken allzu leicht - und das nicht nur bei Habermas - Sollen und Sein, Norm und Realität in eine falsche, aber beruhigende Nähe. In der schönen Rede von der „demokratischen Gesinnung“ und „liberalen Haltung“ der alten Bundesrepublik haben die Notstandsgesetze, die Berufsverbote oder der flächendeckende Terrorismusverdacht keinen Platz. Insofern ist der Einwand, man solle die Verfassungsloyalität nicht überschätzen, zutreffend. Er erledigt aber nicht die Diagnose eines kollektiven Erfahrungswandels, mit dem sich das Bedürfnis nach politischer Weltdeutung erhöht.

#### *Diskursive Tricks und kompromittierte Traditionen*

Einen unwillkommenen Beleg für die Richtigkeit der Diagnose bildet das Auftreten neuer Therapeuten von rechts. Gemeint sind jüngere Historiker, deren Vorstellungen, obgleich alt und verhängnisvoll kompromittiert, eine neuartige Resonanz finden. Diese Historiker machen keine Vorschläge für die Lösung ökonomischer oder ökologischer Probleme. Sie fühlen sich für das „große Ganze“ zuständig. Die neuen Rechtsintellektuellen haben Gramscis Konzept der „kulturellen Hegemonie“ für ihre eigenen Zwecke übernommen; sie wissen, wie wichtig gemeinsame Begriffe für eine Gesellschaft als politische Handlungseinheit sein können. Sie lassen sich nicht auf Verfassungsfragen ein, sie erörtern keine Sachprobleme. Ihre Bemühungen zielen auf eine Machtergreifung der Basis-Semantik, auf „die Eroberung von geistigem Einfluß“ (Karlheinz Weißmann). Sie wollen jenes konsensuelle semantische Repertoire neu definieren, auf das sich gesellschaftliche Selbstbilder und nationalstaatliche Handlungsoptionen berufen.

Was soll wie erreicht werden? Um „neue“ Leitbegriffe wie „Nation“, „Volk“ und „Staat“ durchzusetzen, muß zunächst die gegenwärtige Basis-Semantik attackiert werden. Dabei unternehmen die smarten Rechtsintellektuellen einige diskurstaktisch höchst geschickte Operationen, indem sie an gängige Ausdrücke und Vorstellungen anknüpfen, um diese für ihre Absichten zu mißbrauchen. So nutzen sie im Falle von „Totalitarismus“ und „Sonderweg“ die eingeschliffene negative Bedeutung der Begriffe, enteignen sie zugleich aber ihres kritischen Gehalts gegenüber Traditionen, die das rechtsintellektuelle Lager gerade wiederbeleben will. Dermaßen umfunktionalisiert leisten die Begriffe willkommene Dienste für den Versuch, die „Westbindung“ auch semantisch in Mißkredit zu bringen.

„Westbindung und die Einfügung in die westliche Wertegemeinschaft - da war seit den fünfziger Jahren für die Bundesrepublik eine politisch-moralische Grundentscheidung, ohne daß es irgendeine überlegene Alternative gegeben hätte“. So der Historiker Hans-Ulrich Wehler („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ [FAZ], 6. Mai 1994). Für ihn und andere „Westler“ markiert neben der ökonomischen und militärischen Westintegration die Orientierung an der „politischen Kultur des Westens“ einen bedeutenden mentalitätsgeschichtlichen Umbruch. Just von dieser „mental“ Orientierung wollen sich die jungen Rechtsintellektuellen abwenden. „Das Bekenntnis zur 'westlichen Wertegemeinschaft'“ hat für sie „fast den Charakter einer auf die totalitäre Durchdringung der gesamten Gesellschaft gerichteten politischen Utopie angenommen“, so die Herausgeber des Sammelbandes „Westbin-

dung. Chancen und Risiken für Deutschland" (1993). Das einschränkende Adverb „fast" kann die Präsupposition „Totalitarismus" lediglich mildern. Es ist schon sonderbar, daß diejenigen, die im Gefolge Ernst Noltes den Nationalsozialismus zu einem Modernisierungsunternehmen mit kleinen Mängeln verharmlosen wollen, nun die Keule schwingen, um die Westbindung unter Totalitarismusverdacht zu stellen.

Auch wer bei der Anrufung der „westlichen Wertegemeinschaft" an deren Rechtsbrüche und Militäractionen denkt oder gar daran erinnert, daß „Wertegemeinschaften" keineswegs als friedensstiftende Interessengemeinschaften funktionieren (wieviele Kriege erlebte das „christliche Abendland" ?), der kann sich nicht der Einsicht verschließen, daß für die alte Bundesrepublik die breite Akzeptanz des „westlichen" Humanismus-Kanons der politische Hauptgewinn war - gemessen an dem, so sollte hinzugefügt werden, was zuvor die politische Basis-Semantik der Deutschen kennzeichnete.

Auch in diesem Fall präsentieren die Rechtsintellektuellen ein diskurstaktisches Kabinettstückchen. Vor der Vereinigung wurde die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte gefeiert (vgl. dazu Klaus Naumann in: „Blätter", 4/1994). Nach der Vereinigung wird, und das nicht mehr nur in rechtsextremen Postillen, der Bundesrepublik ein „Sonderbewußtsein" oder gar eine „Sonderrolle" attestiert, die für die Ausübung einer „normalen" nationalen Machtpolitik hinderlich seien. Was zur Erklärung für den Weg in den Nationalsozialismus dient, das gerät so auch zur Abwertung der parlamentarischen Demokratie nach dem Nationalsozialismus. Es sei daran erinnert: Die Heftigkeit des Streits um den Sonderweg resultiert nicht nur aus fachgeschichtlichen Fragen. Sie ist auch aus dem Tatbestand zu erklären, daß mit der Frage nach dem möglichen „Sonderweg" eine Schlüsselinterpretation nationalgeschichtlicher Entwicklung verbunden ist, geht es doch um die Frage, inwieweit die deutsche Geschichte von 1933 her zu interpretieren ist. Das Herzstück der These vom deutschen Sonderweg machen die gescheiterte Revolution und die verspätete Staatenbildung, die Stärke der bürokratisch-obrigkeitsstaatlichen und die Schwäche der parlamentarischen Institutionen aus. Zudem werden ideengeschichtliche und mentalitätsgeschichtliche Kontinuitätslinien angeführt. Demnach gibt es einen Weg von Luther über Nietzsche zu Hitler. Demnach läßt sich ein Zusammenhang ausmachen zwischen politischer Entmündigung, abstrakter Geistigkeit und vormodernen Denkweisen. Die Argumente der Kritiker der Sonderwegthese bestehen aus geschichtlichen und methodologischen Einwänden. Demnach kann von einer gescheiterten 48er Revolution keine Rede sein, sei der Begriff der „bürgerlichen Revolution" eine Legende, könnten Frankreich und England nicht die Kriterien für eine Revolution liefern, gebe es auch in anderen Ländern irrationale Traditionen, einflußreiche adlige Eliten und Demokratiedefizite. Zudem, so das methodologische Argument, bestehe mit der Sonderwegthese die Gefahr, vergangene Wirklichkeit eindeutig und polarisierend auf den Nationalsozialismus hin auszurichten. Dadurch würden einzelne Kontinuitätslinien ad infinitum überdehnt, andere hingegen ignoriert.

Der Versuch, die vermeintlich machtvergessene, westlich-parlamentarisch orientierte Bundesrepublik mit dem Negativetikett „Sonderbewußtsein" zu versehen, setzt auf den publizistischen Erfolg der eingängigen Formulierung und nicht auf die Beweiskraft des begründenden Arguments. Bei näherem Hinsehen wird rasch deutlich, daß die Ressentiments „von rechts" gegenüber der Westbindung einzelne Elemente eines unheilvollen, spezifisch deutschen semantischen Sonderwegs reani-

mieren. Insofern haben wir die paradoxe Lage, daß die Wiedergänger eines antidemokratischen Sonderbewußtseins aus diskurstaktischem Kalkül der Bundesrepublik ein „Sonderbewußtsein“ vorwerfen.

Ihre Leitbegriffe „Nation“, „Volk“ und „Staat“ eignen sich diskurspragmatisch vorzüglich für die beabsichtigte Hegemonie „von rechts“. Die neuen Therapeuten dürften dies, geschult an Carl Schmitt, wissen. Den Begriffen fehlt - im Unterschied zu „Rasse“, „Gefolgschaft“ oder „Führer“ — die eindeutige Nähe zur Sprache des Nationalsozialismus. Wer sie gebraucht, ist also nicht stigmatisiert. Die Begriffe sind im offiziellen politischen Sprachgebrauch präsent. Mit ihnen läßt sich Politik deuten und programmatisch bestimmen. Vor allem aber - sie sind vieldeutig und strittig. Von den Begriffen geht also eine große Anziehungskraft aus. Insofern bieten sie für die Rechtsintellektuellen einen geeigneten Kampfschauplatz, der Vorstöße in die vielbeschworene politische Mitte erlaubt. Ihr semantisches Sturmgepäck ist mit diesen tolerierten Ausdrücken bestückt; es hat aber einen intolerablen Inhalt. Eine Binsenweisheit sollte nicht vergessen werden: Bedeutungen gehen nicht von einzelnen Wortkörpern aus; vielmehr erhalten politische Leitbegriffe erst ihre Wirkungsmacht durch kommunikative Handlungen in geschichtlichen Konstellationen. Damit stellt sich die Frage nach der historischen Tradition der Begriffe und ihrer heutigen Funktion im Kampf der Rechtsintellektuellen um die „Eroberung von geistigem Einfluß“.

Im transnationalen Übergang von der altständischen zur modernen Welt erlaubt eine Fülle neuer Worte wie „Geschichte“ oder „Fortschritt“ und neuer Wortbedeutungen wie „Revolution“ oder „Republik“ den Schluß, daß die alten Schulbegriffe und Kunstwörter des „Status scholasticus“, des gelehrten Standes, nicht mehr ausreichen, um gewandelte Erfahrungen auszudrücken. Mit dem Blick auf die wichtigen politisch-sozialen Begriffe hat Reinhart Koselleck dafür die Metapher von der „Sattelzeit“ eingeführt, jener Zeit, in der die Begriffe rückwärtsgewandt auf Sachverhalte verweisen, die der Kommentierung bedürfen, und in der sie zugleich „vorwärts und uns zugewandt“ neue Bedeutungen gewinnen, die in die Gegenwart reichen. Dazu zählen auch „Nation“, „Volk“ und „Staat“. Diese Begriffe finden sich in allen Sprachen des Westens. Sie sind international, weil sie einen allgemeinen Prozeß der Staatenbildung und symbolischen Vergesellschaftung qua Nation repräsentieren. Sie verweisen auf ein Problem, das die Aufklärung immer wieder beschäftigt, nämlich der Widerspruch zwischen dem Egoismus der individuellen Interessen und dem Interesse der Gemeinschaft. Wie schwierig die Lösung und wie groß der Optimismus ist, läßt sich an den jeweiligen Metaphern, etwa an der Berufung auf die „unsichtbare Hand“ (Adam Smith), auf die „Naturabsicht“ (Kant) oder die „List der Vernunft“ (Hegel) ablesen. Mit diesen Metaphern sollte der Sinn des Zusammenlebens und des historischen Verlaufs sichergestellt werden. Geschichtsphilosophisch weniger anspruchsvoll, dabei aber etwas praxisnäher wirkt seit der amerikanischen und französischen Revolution das Projekt einer Staatsbürgergesellschaft, die ihre normativen Leitsterne in den naturrechtlich begründeten Menschenrechten und den verfassungsmäßig garantierten Grundrechten besitzt.

Auch die deutsche Intelligenz besucht die Schule der Aufklärung; sie sitzt allerdings in einem eigenem Klassenzimmer. Im Unterschied zur westeuropäischen Intelligenz interessiert sie sich eher für Erziehungs- als für Verfassungsfragen. In Deutschland gibt es keine wirkungsmächtige politische Theorie mit Machtansprüchen, keine politischen Denker vom Range eines Locke oder Montesquieu. Worauf sollten sich auch die möglichen Konzepte beziehen? Auf den Herzog von Weimar oder die zünftlerisch organisierten Nürnberger Spielwarenproduzenten, auf den Flickentepich

der einzelnen Staaten, Städtchen und Reichsritterschaften? Im Vergleich zu Westeuropa sind die deutschen Verhältnisse rückständig, die deutsche Intelligenz aber ist es nicht. Ihre praktische Tätigkeit mag begrenzt sein, ihr Denken ist es nicht: „Eng ist die Welt und das Hirn ist weit“ (Schiller). Im Verlauf des Neuhumanismus und des deutschen Idealismus werden im Namen von „Bildung“ und „Kultur“ hochgestimmte Persönlichkeitskonzepte entwickelt, die die Menschen bildungsindividualistisch, nicht besitzindividualistisch oder gar politisch bestimmen. Die anspruchsvollen philosophischen und pädagogischen Ideen erhalten, wenn auch vereinfacht und trivialisiert, im 19. Jahrhundert eine enorme geschichtliche Kraft. Die normative Vorstellung von der zweckfreien, individuellen „Bildung“ im Medium der „Kultur“, d. h. vorrangig der Künste und Wissenschaften, wird durch das Gymnasium und die Humboldtsche Universität institutionalisiert, und sie erhält mit dem Bildungsbürgertum eine Trägerschicht, die im Namen der Begriffe die „kulturelle Hegemonie“ erringt. Das bildungsindividualistische Persönlichkeitskonzept will zunächst den Menschen verändern und dann die politischen Verhältnisse. Sein Anliegen ist als Teilnahmeangebot „für alle“ durchaus emanzipatorisch gemeint. Zumal es die Zeit dynamisch als Fortschritt auffaßt.

Man könnte „Bildung“ und „Kultur“ für jenes auch von milde gestimmten Historikern ausgemachte „Defizit an politischer Bürgerlichkeit“ (Thomas Nipperdey) verantwortlich machen. Doch wird allzuleicht übersehen, daß „Bildung“ und „Kultur“ als metapolitische Deutungsmuster in politische Zusammenhänge einrücken, nämlich in die großen Integrationsideologien des 19. Jahrhunderts, in den Liberalismus und den Nationalismus. Der Liberalismus propagiert die „Selbstbildung aller Bürger“ (Rotteck) und ordnet ihr die Funktion des Staates unter. Bekanntlich vermeidet er alles, was nach Unrecht, Druck und Drohung aussieht. Er paßt sich dem Obrigkeitsstaat an, und er möchte ihn doch zum „Kulturstaat“ transformieren. Im Nationalismus wird „Kultur“ zu einem Zurechnungsphänomen für die politisch nicht existente Einheit. Erhofft wird ein Fortschritt von der Nationalkultur zur Kulturation. So gerät die Nation zum Schlüssel für das Verständnis der „Kultur“, wie umgekehrt die „Kultur“ zum Garanten der Nation wird. Zugegeben, nicht nur beim „Turnvater“ Jahn lassen sich schon chauvinistische und antisemitische Töne hören. Vorherrschend aber ist die Koalition der typisch deutschen Begriffe „Bildung“ und „Kultur“ mit Vorstellungen, die dem semantischen Emanzipationsinventar der europäischen Aufklärung entnommen sind. Durch den Liberalismus bleiben „Bildung“ und „Kultur“ in engem Kontakt mit Leitbegriffen des westlichen Humanismus-Kanons wie „Fortschritt“ und „Freiheit“, „Recht“ und „Allgemeinheit“, „Öffentlichkeit“ und „Einheit“.

So sonderlich ist also der semantische Eigenweg der Deutschen in die Moderne zunächst nicht. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts läßt sich allerdings ein markanter Wandel beobachten; ein Wandel, in dessen Gefolge ein „nationalistisches Wertesystem“ (Norbert Elias) den „Humanismus-Kanon“ überflügelt. Nicht die politisch gescheiterte 48er Revolution, sondern das „Ende der liberalen Ära“ verändert die Basis-Semantik der Deutschen „nach rechts“. „Der Deutsche hat sich militarisiert“, so begrüßt der Kulturkritiker Julius Langbehn den Tatbestand, daß die lange erhoffte Einheit unter der Führung des Hof- und Militäradels verwirklicht wurde. Dies hat langfristige Folgen für die Einstellungen der deutschen Mittelschichten; es führt, nach Jahrzehnten der nationalen Demütigung und Schwäche, zu einem Lob der Macht, zu einer Anerkennung von Krieg und Gewalt als Mittel der Politik, zu einem neuartigen Heroenkult um Bismarck, einem Kult, der die liberalen Honoratio-

ren als veraltete Schwächlinge erscheinen läßt. Mit dieser Optik verachtet Diederich Heßling, Heinrich Manns „Untertan“, den alten Buck, jenen Repräsentanten eines nun an den Rand gedrängten liberalen Bürgertums.

Am Ende der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts sieht der völkische Literaturkritiker Adolf Bartels einen „Bruch des deutschen Volkes mit dem Liberalismus“. Auch das ist klug beobachtet. Denn mit dem Kurswechsel der Bismarckschen Politik, dem Schutzzoll, den Sozialistengesetzen und dem wachsenden Gewicht der konservativen Kräfte wird der Liberalismus entscheidend geschwächt. Das hat auch Folgen für seine Leitbegriffe. Mit dem „Ende der liberalen Ära“ wandelt sich der Nationalismus von einer „linken“ in eine „rechte“ Integrationsideologie. Er war vom Vormärz bis zur Reichsgründungszeit — gegen den Adel als Vertreter partikularstaatlicher Zersplitterung - auf Einheit und Freiheit ausgerichtet. Für diesen liberal-emanzipatorischen Nationalismus ist der Nationalbürger auch Weltbürger. Er geht, konzeptionell durchaus internationalistisch, von der Pluralität des jeweils national Individuellen aus. Er modifiziert die aufklärerische Vorstellung von der „Menschheit“ und dem „Weltbürger“, ohne mit ihr zu brechen: Aus der Egalität des Universalen wird für ihn die Gleichberechtigung der Individuellen. Wenn seit Paul Lagarde Rechtsintellektuelle immer wieder dem Liberalismus „Kosmopolitismus“ oder „Universalismus“ vorwerfen, dann beziehen sie sich auf diesen emanzipatorischen Nationalismus.

Bis in die 70er Jahre hinein gehören „bürgerlich“, „national“ und „liberal“ zusammen. Das ändert sich mit dem Ende der liberalen Ära. „Nationale Kreise“ - das gerät nun zur Kennzeichnung einer konservativen, antiliberalen und antisozialistischen Gesinnung, mit dem Wandel der Basis-Semantik werden Ausdrücke wie „Rasse“ und „Volk“, „Reich“ und „Nation“ zu sakrosankten Begriffen erklärt, mit denen die Leitbegriffe des Humanismus-Kanons abgewertet oder gar ausgegrenzt werden. Diese antiwestliche Ausrichtung wird nirgendwo deutlicher als in der Antithese von „Zivilisation“ und „Kultur“. Die „Zivilisation“ ist das Geringwertige, Äußerliche, Seelenlose, Mechanische, Nivellierende, Internationale, Gesellschaftliche, das bloß Technische und Nützliche. Die „Kultur“ aber wird hochgeschätzt als das typisch Deutsche, als das Innerliche, Lebendige, Seelenvolle, Individuelle, Gemeinschaftliche, Nationale, Zweckfreie und Geistige.

Man soll es sich nicht zu einfach machen: Die veränderte Basis-Semantik kann nicht zur entscheidenden Ursache für den Nationalsozialismus erklärt werden. Doch sie befördert eine mentale Disposition für chauvinistische Kraftmeiereien „nach außen“ und autoritäre Lösungen „nach innen“. Ohne diese ist der Erfolg des Nationalsozialismus, den das ehemals liberale Bildungsbürgertum als das kleinere Übel zu wählen bereit ist, nicht zu verstehen. Die Ablehnung des politischen Liberalismus als „westlicher Erscheinung“ verbindet die unterschiedlichen Parteien und Strömungen gegen Weimar. So entsteht eine semantische Front gegen die Republik, die breiter ist als die Harzburger Front. - Es gibt ihn also, den semantischen Sonderweg. Wer heute „Nation“, „Volk“ und „Staat“ als Leitbegriffe propagiert, der muß sich fragen lassen, was eigentlich mit den Begriffen gemeint ist, in welcher Tradition sie stehen und welche Effekte mit ihnen erreicht werden sollen.

### *Begriffe, die Unterwerfung verlangen*

Es ist gewiß kein Zufall, daß die heutigen Rechtsintellektuellen bei ihrem Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ nicht allzu tief in die deutsche Geschichte eindringen.

Was sollten sie auch mit dem emanzipatorischen Glanz des deutschen Bildungsbürgertums und seiner philosophischen Gewährsleute anfangen? Eine typisch Schillerische Formulierung wie „Menschheitsvolk“, in der sich das Universale der Aufklärung und das Individuelle des Nationalen verbinden, wäre für Carl Schmitt, einer der rechtsintellektuellen Vordenker, ein Greuel. Wohin mit Wilhelm von Humboldt, dessen „Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ eine Programmschrift für das „schlappe“ liberale Konzept des „Kulturstaates“ ausmachen? Auch deshalb hallt der Rückruf in die deutsche Geschichte häufig nur bis zu Bismarck. Auch deshalb versuchen sie den Denk- und Sprachmüll der älteren Kulturkritik und der Konservativen Revolution zu recyceln. Was die Rechtsintellektuellen propagieren, das hat seine Unschuld längst verloren.

Die Wiederbelebung des „nationalistischen Wertesystem“ braucht daher den Gedächtnisschwund. Sie muß den Nationalsozialismus relativieren und die Geschichte der alten Bundesrepublik diskreditieren. Deshalb will die „Neue Rechte“ den Abschied von „der Schuldmetaphysik“ (welch schöne Wortschöpfung), von „der üblich gewordenen schwarzen Legende zur nationalen Geschichte“ (Karlheinz Weißmann in: FAZ, 22. April 1994) und von der „Westbindung“. Die neuen Therapeuten beschwören die „Krise der Gesellschaft“, um die Linke als deren Verursacher zu bezichtigen und die Rechte als Retter herauszustellen. Indem sie ihre Leitbegriffe vom Humanismus-Kanon des Westens abkoppeln, erhalten diese wieder den Charakter nicht mehr überbietbarer Worte.

Allen voran die *Nation*. Im Namen der Nation wollen die Rechtsintellektuellen die Geschichte interpretieren, die gegenwärtige Zeit bestimmen, und programmatische Überlegungen für zukünftige Möglichkeiten gewinnen. Von dem Begriff soll wieder eine verführerische Verheißung der Problemlösung ausgehen. Wer wollte leugnen, daß es in einem unpathetisch-deskriptiven Sinne verschiedene Nationen mit verschiedenen Interessen gibt? Die Nüchternheit dieses Befundes sollte nicht mit der pathologischen Programmatik der Rechtsintellektuellen verwechselt werden. Wenn diese von Nation sprechen, dann haben die „Interessen“ und „Werte“ der deutschen Nation Vorrang vor allen anderen Interessen und Werten, dann erscheint ein solcher Nationalismus als Lösungsmittel für die „deutschen Sorgen“. Dieser Nationalismus verspricht spontane Ordnungen, geachtete Traditionen, kulturelle Bindungen und starke Institutionen. Er empfiehlt sich als Siegfriedlinie gegen den Wertezersfall. Was die „utilitaristische Rationalität des Rechtsstaates“ und die „instrumentelle Rationalität der technischen Welt“ (Panajotis Kondylis) mit ihrer „Kälte“ den Menschen vorenthalten, das soll der Nationalismus ihnen als eine Art psychisches Winterhilfswerk bieten: Identität, emotionale Bindungen und Sinn.

Im rechten Sinne wird die Nation nicht von Staatsbürgern gebildet, die ohne Rücksicht auf Sprache und Abstammung durch gleiche Rechte und Pflichten miteinander verbunden sind. Das wäre ja wieder „Westbindung“. Die Nation wird als Gemeinschaft, als Volk gedacht, das durch „objektive“ Merkmale wie Sprache, Kultur und Rasse ausgezeichnet sein soll. Folglich kann man aus einer Nation, so Martin Walser im „Spiegel“ (26/1993), „nicht austreten“. Umgekehrt heißt dies: Man kann ihr auch nicht beitreten. „Blut“ und „Geschichte“ definieren letztlich ein Volk, das sich dermaßen homogenisiert gegenüber inneren und äußeren Feinden zu behaupten hat. Treten andere Völker mit anderen „objektiven“ Merkmalen auf seinem Territorium in großer Zahl auf, dann erscheinen diese rasch als Gefahr für die nationale Identität. Es gibt aber auch innere Feinde, unzuverlässige Subjekte, die sich dem Nationalappell entziehen. „Jeder Versuch der Abwertung des Nationalbewußtseins“, so



heißt es im „Handbuch der Deutschen Burschenschaften“ (1984), „ist als unmittelbarer Angriff auf das deutsche Volk anzusehen“.

Schließlich der *Staat*. Hier läßt sich auf der Rechten (im Unterschied zu Weimar) eine gewisse Zurückhaltung beobachten. Im Wilhelminismus bedeutet „nationale Gesinnung“ die Anerkennung und Bejahung des bestehenden Staates, weil er als Garant der sozialen Stabilität und der imperialistischen Ansprüche gilt. Ein solcher Staatsnationalismus kann sich bekanntlich während der Weimarer Republik nicht etablieren. Die Republik steht für die militärische Niederlage und die politische Revolution, für das durch Versailles verletzte Nationalgefühl und die Inflation. Der Weimarer Staat ist der befürchtete demokratische Staat; ein Staat, unfähig Politik und Wirtschaft zu ordnen, wehrlos und instabil. Den Prestigebedürfnissen und Revanchegehlüsten der „national Gesinnten“ muß dieser Staat als der Erfüllungsgelhilfe des Westens erscheinen. Von daher setzen auch diejenigen Hoffnungen auf den Nationalsozialismus, denen der „plebejische“ Führer mißfällt, denen aber dessen Versprechen, die „deutsche Größe“ wiederherzustellen, gefällt. Die für die alte Bundesrepublik charakteristische Koalition von Wohlstandserfahrungen, Systemvertrauen und Verfassungsloyalität läßt einen solchen „Staatsverdrub“ nicht aufkommen. Die von rechts beklagte „Westbindung“ verhindert einen Rückgriff auf ältere staatsnationalistische Traditionen. Das könnte sich ändern, wenn heute unter Berufung auf die diversen Krisen, auf das vergrößerte Deutschland, geopolitisch auf die „Mittellage“ oder planetarisch auf die veränderte Weltlage, ein starker Staat gefordert wird, um die Interessen von „Nation“ und „Volk“ durch eine „wehrhafte“ Innenpolitik und eine „machtbewußte“ Außenpolitik durchzusetzen. Der Staat kann wieder zu einer unhinterfragbaren Größe überhöht werden - wenn er etwa, wie jüngst von Wolfgang Schäuble, als „Schicksalsgemeinschaft“ charakterisiert wird. Das hat nicht einmal mehr etwas mit der Hegeischen Vergötterung des Staates als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ zu tun. Das kommt ohne jede Idee aus. Die „Schicksalsgemeinschaft“ mystifiziert den Staat zu einer naturalen Macht, der man sich unterwerfen muß; zu einer Macht, die quasi geschichtsphilosophisch durch das „Schicksal“ und völkisch durch die „Gemeinschaft“ legitimiert werden soll.

### *Effekte*

Wer die Begriffe propagiert, der verschreibt sich dem Nationalismus und Geschichtsrevisionismus, der wertet die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Von den Begriffen geht offensichtlich ein herrischer Geltungsanspruch aus. Zu fragen bleibt, wie es denn mit der Geltungsmacht steht, wie weit denn die Rechten in ihrem Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ vorangerückt sind? Allzu simpel wäre es, auf die Dürftigkeit des Denkens zu verweisen. Zugegeben, gemessen an der Größe eines Hans Freyer oder Arnold Gehlen handelt es sich bei den jungen Rechtsintellektuellen um die Bonsai-Variante. Eine neue „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ haben sie nicht zu bieten. Wer Langbehn oder Spengler kennt, der erkennt bei Botho Strauß rasch den zweiten, etwas heideggernden Aufguß. Allzu simpel wäre es zudem, sich die intellektuelle Rechte als eine Art geschlossene innere Mission für die „deutsche Größe“ vorzustellen - auch wenn es informelle Gruppen, spezifisch rechte Publikationsorgane und Verlage gibt. Aber die gab es schon immer - auch in Zeiten der engsten „Westbindung“. Man klagt seit den späten 40ern in marginalisierten Milieus und ohne Beachtung der öffentlichen Meinung über die „Charakterwäsche“ durch die „reeducation“, über den „Nasenring“, an

dem die Westmächte die konsumversessenen und machtvorgessenen Deutschen führen.

Die Lage hat sich gründlich verändert. „Überläufer zur Rechten hin mehrten sich. Soll man sich freuen oder ärgern“, schreibt Armin Mohler in einer Leitpostille der Rechtsintellektuellen („Criticon“ 137). Mohlers Überläuferthese drückt kein Wunschdenken aus, sondern sie reflektiert langfristige Verschiebungen im intellektuellen Klima. Mit dem angesprochenen kollektiven Erfahrungswandel erhalten die alten Kameraden aus dem semantischen Inventar der deutschen Rechten die Attraktivität eines „Teilnahmeangebots für alle“. Das ist, vom Effekt her gesehen, das Beste, was politischen Begriffen passieren kann. Blickt man über den organisierten Rechtsextremismus und seine intellektuellen Souffleure hinaus, dann wird rasch deutlich, wie bis in die sogenannte „Mitte“ hinein neokonservatives oder rechtes Denken an Raum gewinnt. Das Vokabular der Rechten verliert seinen stigmatisierenden Charakter, weil inzwischen bestimmte Vorstellungen der rechten Basis-Semantik von intellektuellen Repräsentanten der sozialliberalen Ära übernommen werden; weil zudem - und das ist viel wichtiger - etablierte Medien sich dieser Intellektuellen bedienen. Allen voran der „Spiegel“. Ein Novum aber ist, daß Ausdrücke wie „Volksgemeinschaft“ oder „Blutopfer“ mit programmatischem Anspruch im „Spiegel“ erscheinen, den Eindruck des „Tabubruchs“ erwecken und so neuartige diskursive Turbulenzen um alte kompromittierte Begriffe entfachen.

Dabei spielt die Basis-Semantik immer die Rolle eines Kraftwerks, das die unterschiedlichen Diskurse mit seinen Energien speist. Sie kann auf unterschiedlichen Argumentationsniveaus und in unterschiedlichen Praxen präsent sein. Gleich, ob es um „nationale Identität“ und „machtstaatliche Normalität“, um den „Mut zur Erziehung“, um die Notwendigkeit von „Verzicht“, „Dienst“ und „Verantwortung“ geht. Mit ihr können alte, „national unzuverlässige“, „hypermoralische“ intellektuelle Repräsentanten der sozialliberalen Ära wie Günter Grass, Jürgen Habermas oder Walter Jens an den linken Rand abgedrängt werden. Mit ihr werden neue Denkmäler errichtet, man denke an die Jünger-, Heidegger- oder Schmitt-Renaissance. Unter Rückgriff auf die rechte Basis-Semantik kann die Hobbes'sche Anthropologie bejaht und der Universalismus der Aufklärung verneint werden, kann Lohnverzicht gefordert und die Reinheit des deutschen Biers verlangt werden. Wer sich auf die rechte Basis-Semantik beruft, der braucht keinen Baseball-Schläger in der Hand zu haben. Wer aber einen Baseball-Schläger gebraucht, der kann sich auf die rechte Basis-Semantik berufen. Von Botho Strauß stammt der demaskierende Vergleich, daß die „Rechte“ (der „in der Richte“ versteht sich) „vom Neonazi soweit entfernt sei wie der Fußballfreund vom Hooligan“ - das stimmt. Allerdings sollte hinzugefügt werden, daß sich beide für das gleiche Spiel interessieren.

Zur Beruhigung: Als allgemeingültiges, konkurrenzloses Deutungsmuster werden sich die rechten Leitbegriffe nicht durchsetzen. Der „Aufmarsch des Nationalen“ führt in keinen neuen Sonderweg. Das hat zunächst etwas mit der Zählebigkeit kollektiver Wissensbestände zu tun. Die von den Rechtsintellektuellen bitter beklagte „geistige Umerziehung“ hat wirklich stattgefunden. Insofern kann der westliche Humanismus-Kanon nicht einfach mit einer beschönigten Vergangenheit, einigen „Spiegel“-Artikeln oder einer Wochenzeitung zum Verstummen gebracht werden. Hinzu kommt, ein Land mit einer weltmarktorientierten und weltmarktabhängigen Industrie kann sich die Alleingänge eines klassischen Nationalstaats nicht leisten. Selbst wer im Namen des Nationalismus ökonomische und politische Interessen gegen die Werte des Westens ausspielt, der dürfte nicht übersehen, daß die wach-

sende Konkurrenz der drei großen Wirtschaftsblöcke handlungsfähige politische Einheiten verlangt, die größer sein müssen als der jeweilige Nationalstaat. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Neue Rechte sich mehr für die „Geschichte“ und die „Kultur“, für die „nationale Identität“ und für die „Werte“ interessiert, weniger aber für das Feld des Ökonomischen und Sozialen. Im Unterschied zu den „konservativen Revolutionären“ der 20er Jahre stellt sie die „Logik des Marktes“ nicht einmal mehr in Frage. Sie kann diese Logik auch nicht denken. So geht von ihrer Vorhebe fürs „Kulturelle“ das provinzielle Elend eines Volkshochschulseminars aus. Aber vielleicht ist die intellektuelle Beschränktheit eine Voraussetzung für die wachsende Wirkung der rechten Leitbegriffe.

Deshalb zur Beunruhigung: Der Linken sind die Begriffe und Konzepte abhanden gekommen. Von ihren Vorstellungen geht keine Zündkraft mehr aus. Die Versuche der Rechten, die „kulturelle Hegemonie“ zu gewinnen, haben auch deshalb Erfolg, weil sich viele Linke zu Chorknaben beim moralisch-rhetorischen Hochamt der liberalen Werte gemausert haben. Große Teile akzeptieren inzwischen die „Logik des Marktes“; und den Angriff auf die „Westbindung“ beantworten sie mit dem Bekenntnis zur „Westbindung“. Das ist honorig, das schafft neue Geistesverwandtschaften - aber es wirkt fatal, weil damit der Widerspruch zwischen „gepflegter Semantik“ und „rauer Wirklichkeit“ nicht mehr durchdacht werden kann. Es sei daran erinnert: Mit der Erkenntnis dieses Widerspruchs entstand die intellektuelle Linke im 19. Jahrhundert; ohne diese Erkenntnis wird sie verschwinden. Zur Zeit lebt die Rechte auch von der Schwäche der Linken. Vielleicht läßt sich das als Zeichen für einen Zustand der „Kristallisation“ (Gehlen) bewerten; einen Zustand, in dem die entscheidenden Veränderungen in den Grundlagen der Gesellschaft - bei möglicher reger Abwechslung an der Oberfläche - immer unwahrscheinlicher werden. Mit den wachsenden Krisenerfahrungen und schwindenden Zukunftserwartungen verliert der westliche „Humanismus-Kanon“ zunehmend an Attraktivität, zumal er zur Zeit selbst bei der Linken schlecht „aufgehoben“ ist. Jede semantische Strategie, die den Namen verdient, kalkuliert mit Ereignissen, die ihr recht geben. Die Ökonomie motiviert und diszipliniert die Menschen - sie bietet aber keine „wärmenden“ Symbole. Deshalb könnte im Gefolge des ernüchternden Erfahrungswandels und der veränderten Handlungsoptionen eines „größeren“ Deutschland eine Allianz zwischen Armutsnationalismus und Arroganznationalismus entstehen.

Insofern weist das Krisengerede auf eine für die Rechte günstige Konstellation, nämlich auf die Chance, im Namen ihrer alten semantischen Kameraden die Empfänglichkeit für rechtspopulistische Losungen und autoritäre Lösungen zu erhöhen.

## **Auf dem Weg in die Berliner Republik? Zum Wandel der politischen Terminologie u. a.:**

Klaus Naumann, „Neuanfang ohne Tabus“. Deutscher Sonderweg und politische Semantik, „Blätter“, 4/1994.

Ulrich Hausmann, Rabe und Kanari. Die Intellektuellen vor der nationalen Frage, „Blätter“, 3/1994.

Maria Zens, Vergangenheit verlegen. Über die Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein, „Blätter“, 11/1993.